

Volks-Zeitung

Er scheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 40 Pf. wöchentl. oder M. 1,75 monatl. Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M. 1,75 u. vierteljährlich M. 5,25. Insertionspreis die Zeile 80 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten 70 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 20 Pf., das fettgedruckte Wort 30 Pf. mit 50% Zuschlag. — Redakt. u. Haupt-Expedit. SW, Jerusalemstr. 46-49. — Tel.: Centrum Nr. 10131-10144; L. d. Fernverk. Nr. 14207-14209. Chefredakteur: Otto Nuschke.

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt Illustrierter Familien-Zeitung und illustriertem Witzblatt ULK

Fileles: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wilmersd. Str. 1-6, Frankf. Allee 208, Frankf. Allee 246, Gr. Frankf. Str. 101, Gröbelfw. Str. 127, Schönha. Allee 144, Seid. Damm 4, Fennarb. 1, Müllerstr. 123, Radstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthal Str. 48, Rathenow Str. 3, Turnstr. 21, Potsd. Str. 23, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 20, Hühnerstr. 29, Charlottenb., Tannenstr. 2, Kaiser Str. 24, Schützenstr. 29, Nollstr. 20-21, Friedenstr. Rheinstr. 19, Hallesche-Grünwald, Henriettenufer, Lichtenberg, Frankf. Allee 241, Lichterfeld-West, Caristr. 1-3, Neukölln, Berliner Str. 41, Hermannstr. 20-24, Pankow, Bornholmer Str. 1, Schöneberg, Breite Str. 20, Schöneberg, Hauptstr. 28-34, Martin-Luther-Str. 9, Silesische Allee 130, Tegel, Berliner Str. 12, Tempelhof, Berliner Str. 147, Wilmersd. Ullandstr. 26, Brandenburg, Hauptstr. 4, Frankfurt a. O., Kasperstr. 48, Potsdam, Brandenburg Str. 23, Spandau, Breite Str. 47, Stettin, Paradiesplatz 8. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Landesversammlung über die Blutwoche.

Das preussische Kabinett.

Beginn der Verhandlungen zwischen den Parteien.

Nach einer Zwischenpause zwischen den Parteien. Heute, Dienstag, die Verhandlungen zwischen den Parteien der preussischen Landesversammlung über die Bildung der neuen preussischen Regierung. Da Verhandlungen bisher noch nicht stattgefunden haben, sind alle Meinungen über eine Regierungsbildung mit oder ohne Zentrum verfrüht.

Die Eröffnung des bayerischen Landtages.

Mehrheitssozialist Hoffmann Ministerpräsident.

München, 17. März.

Der bayerische Landtag trat heute vormittag wiederum im Landtagsgebäude zusammen. Es waren außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Die Sitzung wurde eröffnet durch den stellvertretenden Alterspräsidenten Dr. Kochbrunner (Bayerische Volkspartei), der die Abgeordneten begrüßte und dem Abchied über die blutigen Ereignisse in der ersten Sitzung des Hauses Ausdruck gab. Das Haus hörte seine Ausführungen stehend an. Zum Präsidenten wurde der Abgeordnete Franz Schmidt (Mehrheitssozialist) gewählt. Darauf wurde nach kurzer Beratung das Staatsgrundgesetz in erster und zweiter Lesung angenommen und der Abgeordnete Hoffmann (Soz.) mit der Wahrnehmung des Postens des Ministerpräsidenten einstimmig betraut.

Das Lebensmittelabkommen.

Eine Warnung vor übertriebenem Optimismus.

Ueber die Wirkungen, die das zwischen Deutschland und der Entente geschlossene Lebensmittelabkommen auf die Versorgung Deutschlands in der nächsten Zukunft ausüben wird, werden den P. P. N. an zukünftiger Stelle folgende Angaben gemacht: Ueber diese Wirkungen kann eine Uebersicht, die auf Sicherheit Anspruch machen könnte, im Augenblick noch nicht gegeben werden. Garantiert hat die Entente nur die erste Sendung von 270 000 Tonnen Getreide sowie Sendungen an Konserve und kondensierter Milch. Die erste zugesagte Getreidesendung steht das Reichsernährungsamt keineswegs zu Mehrleistungen instand. Die Rationen werden, selbst wenn die 270 000 Tonnen Getreide in Deutschland angelangt sind, die gleichen bleiben wie bisher, da diese Sendung nur dazu dienen kann, die weitere Lieferung der bisherigen Rationen sicherzustellen. Denn ohne diese garantierte Getreidezufuhr hätten unsere Rationen zweifellos schon in nächster Zeit heruntergesetzt werden müssen. Ob später die Rationen erhöht werden können, wird davon abhängen, wie sich die weitere Einfuhr abwickeln wird. Für die weiteren Sendungen ist uns keine Garantie geleistet, sondern nur das Einfuhrrecht erteilt. Diese weitere Einfuhr ist an verschiedene Voraussetzungen geknüpft. Wir bekommen diese Sendungen nur, wenn wir die zur Einfuhr zugelassenen Quantitäten im feindlichen oder neutralen Ausland kaufen können, wenn wir zu bezahlen in der Lage sind und wenn wir die nötige Tonnage haben, die die Einfuhr bewerkstelligen können.

Selbst später, alle diese Voraussetzungen zu erfüllen, dann wird sich ein unbedingtes unsere Versorgung, insbesondere in Brot, Fleisch und Fett, günstiger gestalten. Da aber die Erfüllung dieser an die weitere Einfuhr geknüpften Voraussetzungen manche Schwierigkeiten hat, so wird man gut tun, sich vorläufig vor übertriebenem Optimismus zu hüten.

Demokratische Beamtenanträge.

Eine Reihe von Beamtenanträgen sind in der preussischen Landesversammlung gestellt worden. Die demokratische Fraktion beantragt die laufenden Feuerungszulagen und Kriegszuschüsse der Beamten und Lehrer durchgehend zu erhöhen und die erworbenen Rechte der Beamten u. u. v. verfassungsmäßig sicherzustellen. Ferner sollen Beamtenkammern schleunigt errichtet werden und dahin gewirkt werden, daß die kommunalen Beamten die gleichen Rechte erhalten und eine Reform des Gemeindebeamtenwesens baldmöglichst durchgeführt wird.

„Felsenfeste Ueberzeugung.“

Ein altpreussischer Offizier läßt in der „Kreuzzeitung“ einen Artikel vom Stapel, in dem endlich einmal gesagt wird wie wunderbar gut es die Musketeire und Grenadiere unter der Fuchtel des alten Militarismus gehabt hatten: „Alles war zufrieden, tat seinen Dienst mit freudiger Begeisterung, keiner murkte...“ Wir jungen Offiziere standen mit unseren Kameraden — auch ohne Verbandsstücke — in einem wahrhaft herrlichen und freundschaftlichen Verhältnis. Wenn der Kommandant bei der Vorinspektion über das Thema „Belohnungen“ gefragt wurde: Was ist der schönste Lohn des Soldaten? dann antwortete er: Das Bewußtsein, seine Pflicht treu erfüllt zu haben. Das war seine felsenfeste Ueberzeugung! Dafür bürgte ich!“

Die Abrechnung über den Bürgerkrieg.

In der preussischen Landesversammlung wurde gestern abend die Aussprache über den Antrag Hoffmann beendet. Der Antrag der Mehrheitssozialisten auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission wird am Mittwoch sicher angenommen werden. Die Kommission soll die Fälle untersuchen, in denen während des Bürgerkrieges in Berlin und im Reich Recht und Gesetz verletzt worden ist. Die Untersuchung wird nicht leicht sein, denn die zweitägige Debatte in der Landesversammlung hat bestätigt, daß im Bürgerkrieg noch mehr als in jedem anderen Kampf alle Hemmungen schwinden, daß für Recht und Menschlichkeit kein Raum bleibt. Hatte am Freitag der Antragsteller Adolf Hoffmann schwere Anklagen gegen die Regierungstruppen erhoben, so wurde gestern das Sündenregister der im Lager der Spartacisten und „Unabhängigen“ Kämpfenden aufgerollt. Schilderungen waren es, die Grauen und Entsetzen erregen müssen, auch bei denen, die alle Schrecken des Weltkrieges durchgemacht haben. Der stenographische Bericht über die gestrige und die Freitagssitzung mag all denen als Lektüre empfohlen werden, die leichtfertig mit dem Gedanken des Bürgerkrieges spielen.

Nur ein Wilson-Frieden wird unterzeichnet.

Kopenhagen, 17. März.

„Estrabladel“ wird aus Stockholm gemeldet: In hiesigen unterrichteten deutschen Kreisen verläutet mit größter Bestimmtheit, daß Deutschland es ablehnen wird, einen Frieden zu unterzeichnen, der nicht in Uebereinstimmung mit Wilsons vierzehn Punkten steht. Man soll sich über die Folgen einer solchen Weigerung vollkommen klar sein und wird unter keinen Umständen einen Frieden annehmen, der den Keim zu neuen Konflikten in sich trägt.

Pichon über den Vorfrieden.

Ein neutrales Deutschösterreich? — Die bolschewistische Gefahr.

Paris, 16. März.

Bei einem Empfang der alliierten Journalisten erklärte Pichon, nach einer Gabasmedlung, auf die Frage nach dem Unterschied zwischen den Präliminarien und dem Friedensvertrag, die Friedenspräliminarien bildeten grundsätzlich das Fundament des Friedensvertrages. Dieser sei die praktische Ausführung jener Grundlagen. Die Präliminarien bedeuteten aber nicht die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, sie bestimmten lediglich das Ende des Kriegeszustandes. Nach dem Vorfrieden könne Deutschland unmittelbar seine Beziehungen mit dem Ausland wieder aufnehmen. Die deutsche Abordnung, die mit der Annahme der endgültigen Waffenstillstandsbedingungen beauftragt würde, müsse zuerst den Anfang machen.

Pichon sagte weiter, die Konferenz habe die Frage der Schaffung eines deutschen Oesterreichs als neutralen, unabhängigen Staates noch nicht genau geprüft, aber es sei nicht daran zu zweifeln, daß diese Staatsform für jenes Land selbst Vorteile wirtschaftlicher, militärischer und handelspolitischer Art bringen werde.

In bezug auf Polen sagte Pichon unter anderem: Die Abreise polnischer Truppen nach Danzig ist grundsätzlich beschlossen; französische Offiziere sind ebenfalls beauftragt, nach Polen zur Verstärkung des Heeres zu gehen. Ueber die bolschewistische Gefahr erklärte Pichon, die Frage werde bald auf die Tagesordnung gesetzt werden. Er versicherte, die französische Regierung habe niemals die Anerkennung der Sowjetregierung beschlossen.

Die Gefahr des Bolschewikeneinfalls.

Amsterdam, 17. März. (L. U.)

Die „Times“ erfahren aus Helsingfors: Die Moskauer Regierung hat auf Drängen Trozkis dem Roten Generalstab befohlen, baldigst einen Plan für die Bildung einer Armee von 150 000 Mann zu entwerfen, um damit im April oder Mai in Deutschland über Polen und Aurland einzufallen zu können. Das Hauptziel sollte sein, die Spartacisten in Deutschland zu unterkriegen und die etwa 100 000 Mann russischen Kriegsgefangenen für offenstehende oder defenfive Bewaffnung freizumachen.

Wie der „Times“ weiter mitgeteilt wird, wird auf dem Petersburger Markte Hundesfleisch öffentlich für 50 Rubel das Pfund verkauft. Rattenfleisch kostet 18 Rubel das Pfund.

Gemütsmenschen. Ein altpreussischer Offizier besingt in der „Kreuzzeitung“ den altpreussischen Militärgott der Eingabe und stellt ihm — als Auswurf der Revolution — folgendes Geschichtchen vom neu preussischen Geist gegenüber: „Als vor einigen Tagen ein Mann einer Kompanie starb, forderte der Kompanieführer die Mannschaften auf, dem verstorbenen Kameraden das letzte Geleit zu geben. Darauf forderten die Mannschaften für die Teilnahme an der Beisetzung drei Mark für Arbeitsdienst.“ — Auch das scheint ganz nett erfunden zu sein. Oder vielleicht doch nicht ganz?

Eine russische Ehrenpension für Liebknechts Witwe. Der Zentralsoviet in Moskau beschloß, so berichtet die „Eiserne Wg.“, nach der „Moningpost“, der Witwe Liebknechts eine jährliche Ehrenpension von 40000 Rubel zu bewilligen. Der Geburtstag Liebknechts wurde in die Liste der kommunikativen Feiertage, deren es jetzt bereits 18 im Jahre gibt, aufgenommen.

Der Auktionsverkauf in Spanien. Nach einer Madrider Gabasmedlung hat der Minister rat beschlossen, für alle Angestellten auf Gütern und Werften den Auktionsverkauf einzuführen.

Wirksamkeit, als es die drei Vertreter der Regierung tun konnten, hat in der gestrigen Nachmittagsitzung der preussischen Landesversammlung der Redner der demokratischen Fraktion, Abgeordneter Oswald Riedel, die „Unabhängigen“ aus der Offensive in die Defensive gedrängt. Er brachte ein Anklagematerial gegen Adolf Hoffmanns Partei vor, das vernichtend wirkte. Riedel betrachtet den Berliner Generalstreik als einen Teil des Kriegsplans der „Unabhängigen“, der darauf abzielt, die Rationalsversammlung abzuschießen und eine Regierung der „Unabhängigen“ auszurufen. Nur der Uebereifer der Kommunisten habe den Plan zum Scheitern gebracht. Die Schilderung, die der demokratische Redner unter Anführung von Einzelfällen von der Einleitung und Durchführung des Generalstreiks in Berlin gab, bewies überzeugend, daß tatsächlich die Ueberheit der Spartacisten in enger Gemeinschaft mit den „Unabhängigen“ durch brutale Gewalttaten und daß bestialische Grausamkeiten von der Arbeiterschaft und „Unabhängigen“ begangen worden sind. Riedel konnte auf seinen Fraktionskollegen, den Eisenbahnhandwerker Otto Hoffmann, verweisen, der mit sechs Messerstichen im Kopf und anderen lebensgefährlichen Verwundungen im Stummelburger Krankenhaus liegt als Opfer einer von den „Unabhängigen“ aus ihrem Västnerberger Hauptquartier gehaltenen bewaffneten Bande. Otto Hoffmann hat vierzig Leiden erlitten; denn die von den unabhängigen Streikbroten geführte Mörderbande hat nach Riedels Angaben mit Handgranaten und Gewehrschüssen eine friedliche Eisenbahnerversammlung auseinandergetrieben und die Versammlungsteilnehmer auf der Straße grausam gemißhandelt. Einem Wagenladierer, der auf der Straße schon bewußtlos unter den Schlägen der Bande zusammengebrochen war, wurde das rechte Auge ausgestochen. Eine ganze Reihe anderer Verletzungen konnte der Redner mit allen Einzelheiten berichten, und die Schilderung verfehlte nicht ihren Eindruck auf die Versammlung. Als Adolf Hoffmann bei der Anführung spartacistischer Muttaten den Saal verlassen wollte, wurden ihm von den Abgeordneten der Mehrheit Ruhe der Embryonung nachgerufen. Es ging überhaupt recht lebhaft in der Sitzung zu, und die Reden der einzelnen Abgeordneten wurden ständig von dem heftigen Streit zwischen einzelnen Abgeordneten der „Unabhängigen“ und der Mehrheit beaklet. Abg. Riedel ging auch auf das Treiben der „Unabhängigen“ in Düsseldorf und anderen Städten ein und wies an verschiedenen Stellen nach, daß einflußreiche Mitglieder der „Unabhängigen“ sehr stark an der Entfesselung des Bürgerkrieges beteiligt waren. Abgeordneter Riedel zeigte russische Patronen, die jetzt in Massen im Westen und Südwesten gefunden worden seien und offenbar als Munition für den nächsten Putz dienen sollen. Bemerkenswert ist auch Riedels Mitteilung, der unteren Lesern bekannte Vorsitzende des Arbeiterrats der Berliner Eisenbahndirektion, der „Unabhängige“ Gesecke, habe für den kommenden Generalstreik die Parole ausgesprochen, es müsse öffentlich abgestimmt und mit den dann ermittelten Gegnern des Streiks ohne Schonung abgerechnet werden. Abgeordneter Riedel richtete in diesem Zusammenhang an die Regierung die dringende Mahnung, mehr als bisher die Eisenbahner vor dem Terrorismus der „unabhängigen“ Generalfreibeher zu schützen. Aus der Rede erfuhr man weiter, daß während des Generalstreiks und Bürgerkriegs zwei „Arbeitslosenbälle“ unter Mitwirkung der Volksmorindivision und Maskenbälle der Streikfunktionäre veranstaltet worden sind. Schließlich wurde vom Abg. Riedel und dem Abg. Gronowitsch (Zentr.) behauptet, die „Unabhängigen“ hätten in ihren „Kriegsplan“ für den nächsten Generalstreik